

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2005



Fordern, Fördern und das wirkliche Leben

Regierungen wechseln, und damit auch die Reformvorhaben. Manche Legislaturperioden enden etwas früher als gedacht, und manche beginnen unter einer neuen Führung. Es bedarf keiner seherischen Gabe,

um vorherzusagen: Wie immer die Farben und die Namen wechseln – die Regierenden werden sich neuen Aufgaben zu widmen haben, die in Wahrheit die alten sind. Zum Beispiel einer wirklichen Reform der Arbeitslosenhilfe. Diese Reform steht noch aus, denn mit „Hartz“ ist sie nicht gelungen.

Nichts ist gelöst: weder die Finanzierung noch die Zumesung unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit. Hohe und weiter steigende Ausgaben werden von einer Transferleistung aus dem allgemeinen Steueraufkommen – dem Arbeitslosengeld II – verursacht, die im Halbdunkel zwischen wohlverworbenen Ansprüchen auf Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung und solidarisch gezahlten Leistungen an tatsächlich Leistungsunfähige liegt.

Mit der Formel „Fordern und Fördern“ ist in der Praxis nichts gewonnen worden. Solange es zwischen der Versicherungsleistung und dem Solidaranspruch der wirklich Arbeitsunfähigen eine dritte Möglichkeit gibt, knapp bemessene, aber immerhin doch auskömmliche Leistungen zu erhalten, wird es keiner Bürokratie gelingen, eine Arbeitsaufnahme anstelle des Transferbezugs durchzusetzen: weder mit dem vergeblichen Fördern, noch mit dem unwirksamen Fordern.

Es gibt nur einen Weg, der Erfolg verspricht. Die Gesellschaft – vertreten durch die Politik – muss sich „ehrlich“ machen. Dort, wo jetzt die Transfers zwischen Versicherungsleistung und Solidarleistung stehen, muss sie Raum für Arbeit schaffen: durch eine durchgreifende Reform des Arbeitsmarktes, durch härteren Druck zur Arbeitsaufnahme und durch eine Reform, die mehr Arbeitsmöglichkeiten im Bereich des Niedriglohns zulässt. Auf keine andere Weise ist „Hartz“ wirklich nachzubessern.

Hans D. Barbier

Abwanderung

2004 wanderten 146 400 Personen aus den neuen in die alten Bundesländer ab; nur 94 700 Menschen zog es in die umgekehrte Richtung. Zwischen 1991 und 2004 haben rund 2,2 Millionen Menschen die neuen Bundesländer verlassen, aber nur 1,3 Millionen sind aus den alten Bundesländern zugezogen. Seit dem „Wendejahr“ 1989 zogen mehr als 3,3 Millionen Menschen aus den neuen Ländern weg. Im Gegenzug siedelten nur etwa halb so viele Menschen von West nach Ost über.

Die Abwanderung zeigt die hohe Flexibilität der Arbeitnehmer. Aber sie verursacht in den neuen Bundesländern große Probleme: Der Wohnungsleerstand nimmt zu. In

Abwanderung

Zuzüge aus den neuen in die alten Bundesländer, in Tausend

1991	229,2
1992	175,9
1993	143,0
1994	129,9
1995	129,9
1996	125,5
1997	124,9
1998	136,1
1999	148,6
2000	168,2
2001	192,0
2002	176,7
2003	154,4
2004	146,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

einigen Regionen Ostdeutschlands gibt es bereits Fachkräftemangel. Die Steuereinnahmen der ostdeutschen Länder und Kommunen schrumpfen. Der Anteil der Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen steigt. Die Kaufkraft sinkt.

Arbeitsunlust

87 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland verspüren „keine engere Verbundenheit“ mit ihrer Arbeit: 69 Prozent (21,8 Millionen Beschäftigte) machen „Dienst nach Vorschrift“, und 18 Prozent (5,7 Millionen) haben die „innere Kündigung“ bereits vollzogen. Das berichtet das Marktforschungsinstitut Gallup, das seit vier Jahren den „Gallup Engagement Index“ publiziert. Es schätzt, dass durch häufige Fehlzeiten und geringe Produktivität ein Umsatzverlust von rund 250 Milliarden € entsteht.

Der Anteil derer, die eine besonders hohe Bindung an ihre Arbeit bzw. gegenüber ihrem Arbeitgeber aufweisen, fällt in der Bundesrepublik mit 13 Prozent geringer aus als anderswo. Aber auch dort ist die Bindung nicht beeindruckend hoch. In der Schweiz fühlen sich 22 Prozent der Beschäftigten mit ihrer Arbeit eng verbunden, in Österreich sind es 19 Prozent. Spitzenreiter sind die Beschäftigten in den USA mit 29 Prozent.

www.gallup.com

Wohlstandsgefälle

Die Bürger Liechtensteins haben die Nase in Europa vorn: Sie verfügen pro Kopf über ein reales Jahreseinkommen von rund 32 200 €. Unter 47 europäischen Ländern belegt Deutschland mit 16 200 € einen der vorderen Plätze. Das geringste Pro-Kopf-Einkommen wird mit 783 € in Moldawien verdient. Besonders deutlich sind die Einkommensunterschiede in West-Ost-Richtung: Während ein Pole im Durchschnitt über 6 950 € verfügt, hat sein deutscher Nachbar gut 9 200 € mehr. Auch an der polnischen Ostgrenze zeigt sich das Wohlstandsgefälle: In der Ukraine und in Weißrussland stehen jedem Einwohner rund 1 800 € im Jahr zur Verfügung.

Einkommen	
je Einwohner und Jahr	
Liechtenstein	32 203 €
Luxemburg	22 331 €
Schweiz	19 658 €
Österreich	17 531 €
Großbritannien	16 710 €
Norwegen	16 559 €
Deutschland	16 207 €
Italien	16 162 €
Island	14 687 €
Malta	10 158 €
Tschechische Republik	8 265 €
Ungarn	7 805 €
Litauen	7 197 €
Polen	6 949 €
Kroatien	6 313 €
Russland	3 750 €
Mazedonien	3 163 €
Ukraine	1 853 €
Weißrussland	1 815 €
Albanien	1 482 €
Moldawien	783 €
Durchschnitt EU 25	14 255 €
Durchschnitt gesamt	9 894 €

Stand: Mai 2005
Quelle: GfK

Gaspreise unter Druck

Die Ölpreise steigen. Die vielfältigen Gründe hierfür haben wir in der letzten Ausgabe analysiert. Auch Gas wird teurer. Hier ist der Grund eher dürftig: Gas- und Ölpreis sind aneinander gekoppelt. Wenn die Ölpreise steigen, folgen die Gaspreise automatisch. Muss das so sein?

„Erdgas“ ist die Sammelbezeichnung für alle brennbaren, hauptsächlich aus Methan bestehenden Naturgase. Im Vergleich zu Kohle und Erdöl hat Erdgas einen geringeren Kohlenstoffgehalt und den höchsten Wasserstoffanteil. Es verbrennt deshalb umweltverträglicher als die beiden anderen Energieträger.

Energie aus Erdgas wird seit den 1960er Jahren eingesetzt. Weil es sauberer verbrennt und keinen Lagerplatz im Haus benötigt, ist es sehr beliebt. Rund 53 Prozent der 39,1 Millionen Haushalte in Deutschland heizen und kochen mittlerweile mit Erdgas. Deutschland ist zu rund 80 Prozent von Gaslieferungen aus Russland, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien abhängig. Knapp 20 Prozent des Erdgases stammen aus heimischer Förderung, insbesondere aus Niedersachsen.

In der ersten Jahreshälfte 2005 ist Erdgas zwischen acht und 15 Prozent teurer geworden. Mehr als die Hälfte der Gasversorger haben zum 1. Oktober weitere Preissteigerungen angekündigt. Einige von ihnen fordern zum vierten Mal innerhalb von zwölf Monaten höhere Preise. Der durchschnittliche Jahresverbrauch einer vierköpfigen Familie kostet inzwischen knapp 200 € mehr als noch vor gut einem Jahr.

Begründet werden die Preiserhöhungen in der Regel

mit der so genannten „Ölpreisbindung“. Sie ist eine private Vereinbarung zwischen Gasförderern und inländischen Abnehmern; üblicherweise sind das die kommunalen Stadtwerke. Die Preisbindung besagt, dass mit einem zeitlichen Verzug von sechs Monaten die Gaspreise der Preisentwicklung auf dem Ölmarkt folgen.

Der Ölpreis bestimmt die Gasrechnung

Die Idee zur Preisbindung entstand vor gut vierzig Jahren. Schon damals wurde gefürchtet, dass sich Erdgas als Alternative zum Öl durchsetzt. Viele Gaslieferanten waren zugleich Öl fördernde Länder. Diese hatten kein Interesse daran, dass ihrer bisherige Einnahmequelle, das Erdöl, durch billiges Gas „abgefackelt“ wird. Sie wollten ihre Einnahmen festschreiben, um ihre Investitionen in die Infrastruktur abzusichern. Erdgas ist auf ein Rohrleitungsnetz

angewiesen, und die Investitionen in die Erschließung und vor allem den Transport des Gases kosteten Milliarden.

Andererseits wollte man den Verbrauchern die neue Energie schmackhaft machen: Wer von Öl auf Gas umsteigen wollte, sollte nicht plötzlich mit stark verteuerten Gaslieferungen überrascht werden.

So entstand die Preisbindung in allseitigem Interesse. Sie ist eine private Vereinbarung; sie kann neu verhandelt werden, wenn Lieferverträge gekündigt werden oder auslaufen. Viele Lieferverträge sind jedoch langfristig vereinbart und oft erst nach 20 oder sogar 30 Jahren kündbar.

Zu wenig Wettbewerb

Rund 700 kommunale Versorger sind mit solchen Verträgen an die großen Gasverteiler gebunden. Das Unternehmen E.ON Ruhrgas herrscht über ein Leitungsnetz von 11 000 Kilometern Länge und liefert mit einem Anteil von 55 Pro-

Energieträger Erdgas			
in Milliarden Kubikmetern, 2004			
	Förderung	Verbrauch	Reserven
Europa, darunter	337,7	566,9	5 493
Deutschland	20,6	15,1	279
Frühere UdSSR/GUS	776,5	14,4	55 259
Afrika	134,9	67,1	13 487
Nahe Osten	264,3	219,3	71 376
Nordamerika	714,4	716,4	6 952
Mittel- und Südamerika	151,7	155,4	7 510
Asien, Australien, Ozeanien	310,1	345,9	10 865
Welt gesamt	2 689,6	2 689,4	170 942

Quelle: ExxonMobil, Oeldorado 2005



„Meiner Idee nach ist Energie die erste und einzige Tugend des Menschen.“

Wilhelm von Humboldt

zent die mit Abstand größte Gasmenge ins deutsche Gasnetz. Wingas, der nächstgrößere Gaslieferant, speist rund 15 Prozent ein.

Insgesamt dominieren 15 Ferngasunternehmen ein Geschäft, das sie regional über Jahrzehnte mit den jeweiligen Stadtwerken abgesichert haben. Andere Anbieter können deshalb ihr Gas nicht auf dem deutschen Markt anbieten. Aus Sicht sowohl der EU-Kommission als auch des Bundeskartellamtes ist das ein gravierender Verstoß gegen den Wettbewerb. Immerhin ist auch der Gasmarkt formal seit sieben Jahren EU-weit liberalisiert.

Das Bundeskartellamt fordert Marktöffnung

Ulf Böge, der Präsident des Bundeskartellamtes, hat die Ferngasgesellschaften im Frühjahr nun aufgefordert, Vorschläge zur Verbesserung des Wettbewerbs auf dem deutschen Gasmarkt auszuarbeiten. Danach geschah nichts. Im September hat Ulf Böge vorgeschlagen, dass die Vertragslaufzeiten und die Liefermenge von seiner Behörde festgelegt werden. Bei Verträgen, die länger als zwei Jahre laufen, soll ein Gaslieferant künftig nicht mehr als 80 Prozent des gesamten Bedarfs decken dürfen. Bei Verträgen mit Fristen von mehr als vier Jahren soll die Liefermenge auf 50 Prozent beschränkt werden.

Die Gaswirtschaft sieht das als Eingriff in ihre Vertragsfreiheit. Sie behauptet, Altverträge können im Nachhinein nicht kurzerhand für ungültig erklärt werden. Die Gespräche

zwischen dem Bundeskartellamt und den Lieferanten sind Ende September gescheitert. Das Kartellamt droht nun, lang laufende Verträge grundsätzlich zu untersagen. Die Gaslieferer ihrerseits wollen eventuelle Verfügungen vor Gericht anfechten.

Die Auseinandersetzung ist spannend, aber für die Verbraucher könnten sich die Auflagen des Kartellamtes allenfalls mittel- bis langfristig positiv bemerkbar machen, und auch nur dann, wenn die Stadtwerke ihr Gas günstiger einkaufen und den Preisvorteil an die Kunden weitergeben.

Behörde prüft die Durchleitungstarife

Allerdings könnten die Verbraucher von einer anderen Entwicklung profitieren. Seit dem 13. Juli 2005 ist die „Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen“ als Regulierungsbehörde für den Gasmarkt tätig. Sie wird – jedoch frühestens im Juli kommenden Jahres – Entscheidungen fällen, die die Gaspreise betreffen. Die Agentur ist für den diskriminierungsfreien Netzzugang und die Durchlei-

tungstarife der Netzbetreiber zuständig. Für Haushaltskunden machen die Durchleitungskosten laut Bundesnetzagentur mindestens ein Drittel des Gaspreises aus.

Die Gasversorger haben bis Anfang 2006 Zeit, um Genehmigungsunterlagen für Netzentgelte vorzulegen. Danach hat die Behörde ein halbes Jahr, um die eingereichten Kalkulationen zu prüfen und Bescheide zu erstellen. Es ist die erste Prüfung dieser Art, seitdem die frühere Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post auch die Aufsicht für den Strom- und Gassektor vom Gesetzgeber übertragen bekommen hat.

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl nationaler und internationaler Anbieter, von denen Erdgas bezogen werden kann. Die freie Wahl des Anbieters scheitert bisher am fehlenden Wettbewerb.

Alternativen: Energiesparen

Ob die Abschaffung der Preisbindung tatsächlich die erhofften Preissenkungen bringen würde, ist fraglich. In Ländern ohne Preisbindung, zum Beispiel in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika, orientieren sich die Gaspreise ebenfalls an der Ölpreisentwicklung. In diesen Ländern zeigt sich: Ist Gas deutlich billiger als Öl, wird mehr Gas eingesetzt, was die Nachfrage nach Gas wiederum steigen lässt und den Preis näher an den des Erdöls rückt.

Weil die Energienachfrage weltweit steigt und Alternativen in ausreichender Menge noch fehlen, werden sich die Menschen darauf einstellen

Steigende Energiepreise

Nach Einschätzung der Verbraucherzentralen hat ein durchschnittlicher Haushalt 2003 rund 2 500 € pro Jahr für Kraftstoff, Strom und Heizöl ausgegeben. 2005 werden es voraussichtlich 3 600 € sein.

Das Statistische Bundesamt weist ein durchschnittliches Familieneinkommen von rund 3 750 € netto im Monat (Stand 2003) aus. Für Heizen, Kochen und warmes Wasser muss also ein ganzes Monatsnettoeinkommen ausgegeben werden.

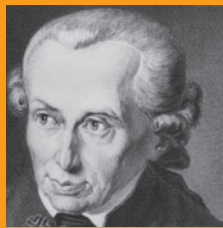
müssen, dass Energie – gleichgültig, ob aus Erdöl oder Erdgas gewonnen – in Zukunft teurer wird. Die bislang wirksamsten Mittel gegen steigende Preise sind das Energiesparen und der effizientere Einsatz von Energie.

Auf dem Markt für Erdgas ist aber die Gefahr monopolistischer Ausbeutung gegeben. Sie muss durch Wettbewerb gebannt werden. Während man steigenden Kraftstoffpreisen eventuell durch den Umstieg auf Bus, Bahn, Fahrrad etc. ausweichen kann, ist der Ersatz von Erdgas für das Kochen und Heizen schwieriger. Bestehende Gasanlagen lassen sich nicht von heute auf morgen durch Anlagen für andere Brennstoffe ersetzen. Gerade deshalb muss es aber in einer Marktwirtschaft möglich sein, den günstigsten Anbieter zu wählen.

Andreas Schirmer

Erdgas		
Reserven und Förderung weltweit in Milliarden Kubikmetern		
	Reserven	Förderung
1980	88 090	1 531
1985	98 814	1 747
1990	119 328	2 057
1995	139 609	2 209
2000	149 401	2 499
2003	171 969	2 660
2004	170 942	2 690

Quelle: ExxonMobil, Oeldorado 2005



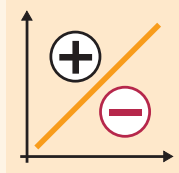
„Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen, dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen.“

Immanuel Kant

IM KLARTEXT

Oktober 2005

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2005

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat Ende September vorgeschlagen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 1. Juli 2006 um 0,5 Punkte auf sechs Prozent zu senken. Begründet wurde der Vorschlag mit höherer Effizienz der BA-Arbeit, besonders bei Fördermaßnahmen für Existenzgründer und Langzeitarbeitslose.

Beispielsweise mussten sich Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollen, bisher zwischen Überbrückungsgeld

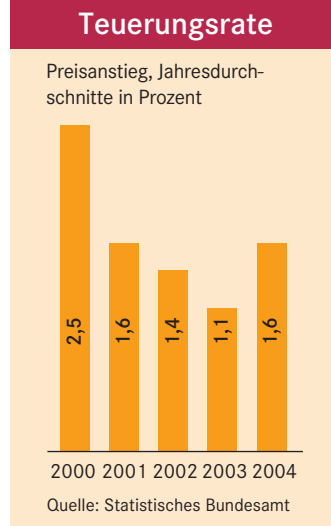
und Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) entscheiden. Diese Unterscheidung soll künftig wegfallen und als einheitliche „Gründungsmaßnahme“ bestehen bleiben. In ähnlicher Weise will die Bundesanstalt diverse Lohnzuschüsse straffen oder abschaffen.

Der Effizienzgewinn soll an die Beitragszahler weitergegeben werden. Für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bedeutet der verringerte Beitragssatz, dass sie bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2.500 € jeweils 6,25 € sparen.

Geldwertstabilität ⊖

Die Verbraucher in Deutschland meinen noch immer, dass die Inflation höher ist, als sie amtlich ausgewiesen wird. Die offizielle Berechnung spricht von 2,5 Prozent im September. Die Konsumenten schätzen die Inflation auf 7,4 Prozent. Das Statistische Bundesamt hat nun erstmals den „Index der wahrgenommenen Inflation“ (IWI) vorgestellt.

Der IWI basiert auf drei Annahmen. Erstens werden Preissteigerungen höher be-



wertet als Preissenkungen. Zweitens schlägt es besonders zu Buche, wenn häufig gekaufte Güter des täglichen Bedarfs teurer werden. Drittens orientieren sich viele Verbraucher noch immer an den alten D-Mark-Preisen.

Inflationserwartungen wirken auf das Wirtschaftsgeschehen ein. Die von den Verbrauchern wahrgenommene Teuerung beeinflusst ihr Kaufverhalten. Höhere Steuern für tägliche Konsumgüter könnten die „gefühlte Inflation“ noch weiter nach oben treiben

und die Kaufkraft nachhaltig bremsen.

Eigenverantwortung ⊕

Die Deutschen haben vom 1. Juli 2004 bis zum 31. Juni 2005 rund 2,6 Milliarden € für wohltätige Zwecke gespendet; davon waren rund eine Milliarde Euro für die Tsunami-Opfer zusammen gekommen.

Die Durchschnittsspende lag bei rund 33,16 €, und laut Spendenrat hat jeder vierte Bundesbürger Geld gespendet. Auch das ehrenamtliche Engagement ist beeindruckend: Rund 3,3 Milliarden Stunden sind in einem Jahr zusammen gekommen. Jeder zehnte Deutsche kann sich zudem vorstellen, sein Privatvermögen einer gemeinnützigen Organisation zu vererben.

Arbeitslosenversicherung

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge in Prozent	
1950	4,0
1955	3,0
1960	2,0
1965	1,3
1970	1,3
1975	2,0
1980	3,0
1985	4,1
1990	4,3
1995	6,5
2000	6,5
2005	6,5

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung

Spenden

Anteile am Spendenaufkommen	
Humanitäre Hilfe	84,5 %
Kultur-/Denkmalpflege	4,8 %
Umweltschutz	2,8 %
Tierschutz	2,1 %
Sonstiges	5,8 %

Stand: 2004/2005
Quelle: Deutscher Spendenrat

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / akg-images / dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard